

Die Schweiz nach der Abstimmung



Die Städte und Agglomerationen tendierten dazu die 10-Mio-Initiative abzulehnen, während auf dem Land eher zugestimmt wurde

Quelle: Envato, karandaev

Die Schweiz hat abgestimmt – und die Ergebnisse waren bei beiden nationalen Vorlagen recht knapp. Bei der Abstimmung zur 10-Millionen-Schweiz zeigt sich einmal mehr ein Graben zwischen Stadt und Land.

Die Beteiligung an der gestrigen Abstimmung war mit 58 und 59 Prozent der Stimmberechtigten überdurchschnittlich hoch. Laut Politologe Lukas Golder sei es eine der höchsten Beteiligungen der vergangenen zehn Jahre, berichtet SRF.

Nein zur «10-Millionen-Schweiz»

Die Initiative «Keine 10-Millionen-Schweiz» wurde mit 54,8 Prozent der Stimmen abgelehnt, 45,2 Prozent der Stimmen hatten ihr zugestimmt. Justizminister Beat Jans bezeichnete dies als ein «Zeichen für Stabilität, Offenheit und Verlässlichkeit», da man den bilateralen Weg mit Europa weitergehen wolle. Auch die EVP freute sich über das Ergebnis. «Das Wachstum der Schweiz muss aktiv gestaltet werden. Dafür müssen wir die von rund 45 Prozent der Stimmbevölkerung geäusserte Sorgen ernst nehmen und langfristige Lösungen präsentieren», so EVP-Nationalrat Nik Gugger.

Die SVP kündigte bereits Widerstand zu weiteren Öffnungsschritten mit der EU an, insbesondere im Hinblick auf die Bilateralen III, die voraussichtlich 2027 oder 2028 zur Abstimmung kommen werden. Auch die EDU bekämpft die neuen EU-Verträge. Ihre Petition, die das Ständemehr für das geplante EU-Vertragspaket inklusive dynamischer Rechtsübernahme verlangt, wird die Partei im Verlauf des Sommers bei der Bundeskanzlei einreichen. 23'000 Personen haben die Petition «Wir fordern das Ständemehr» online unterzeichnet.

Sieg der Städte über die ländliche Schweiz

Die SVP-Initiative hat auch einen Stadt-Land-Graben geöffnet, wie eine Analyse der Abstimmungsergebnisse in den Regionen zeigt. So titelte heute die NZZ «Das Nein zur 10-Millionen-Grenze ist ein Sieg der Städte über die ländliche Schweiz». Der Stadt-Land-Graben sei bei dieser Vorlage besonders tief gewesen.

Den Initianten sei es nicht gelungen, die Leute in ländlichen Ortschaften genügend zu mobilisieren, sagte Bundeshausredaktor Andreas Stüdli im «Echo der Zeit» vom 14. Juni 2026: «Das Ja auf dem Land war nicht stark genug, um die Nein-Stimmen in den Städten zu übertreffen.» Ein Nein zur 10-Millionen-Initiative sei aber auch von Kantonen mit viel Landbevölkerung wie Bern, Basel-Landschaft, Schaffhausen und Graubünden gekommen. Besonders überraschend sei gewesen, dass bürgerliche Kantone wie Luzern und Zug die Vorlage ablehnten (die ganze Analyse vom «Echo der Zeit» [hier](#)).

Ja zu Anpassungen beim Zivildienstgesetz

Auch bei der Abstimmung zu den Änderungen des Zivildienstgesetzes war der Entscheid äusserst knapp: 52,5 Prozent der Stimmen sprachen sich dafür aus, während 47,5 Prozent die Änderungen ablehnten. Dies könnte in Zukunft zu Engpässen in der Pflege und der Landwirtschaft führen.

Die Heilsarmee Schweiz, in deren sozialen Institutionen jedes Jahr mehrere hundert Männer ihren Zivildienst leisten, erklärte in einer Stellungnahme: «Die Stiftung Heilsarmee Schweiz respektiert den Volksentscheid, auch wenn sie ihn bedauert. Für die kommenden Jahrzehnte sagen Prognosen zunehmende Personalengpässe in Altersheimen, Institutionen für Menschen mit Beeinträchtigung und anderen sozialen Angeboten voraus. Wenn nun zugleich die Zahl der Zivildienstleistenden abnimmt, droht sich das Personalproblem verschärfen. Weil das Abstimmungsergebnis knapp ausgefallen ist, hofft die Heilsarmee, dass die Politik ihre Pläne zu einer noch weitergehenden Einschränkung des Zivildienstes nicht weiterverfolgen wird.»

Spaltung in der Gesellschaft

Die knappen Ergebnisse und die vorausgegangene Diskussion zur Zuwanderungspolitik zeigte, dass ein tiefer Riss durch die Schweizer Gesellschaft geht. Giftige Kommentare, denen oft jeglicher Respekt fehlte, zeugten von dieser Verrohung in der öffentlichen Auseinandersetzung.

Das Vertrauen stecke tief in der Krise, so kommentierte Livenet-Geschäftsführer Florian Wüthrich in [einem persönlichen Impuls](#) vor dem Abstimmungswochenende. «Ich frage mich, ob unsere Demokratie als Wertegemeinschaft des Vertrauens diese kritische Phase überstehen wird. Werden wir uns zusammenraufen können, Meinungen auszuhalten, ohne Hetzjagden loszutreten?»

Gottes Reden nicht verpassen

Was bedeutet das für uns als Christen, inmitten dieser Spaltung? Wie gehen wir miteinander um, wenn wir auf unterschiedliche Ideen treffen und andere Kritik an der eigenen Meinung üben? Die Bibel ruft immer wieder dazu auf, Friedensstifter

zu sein. Eine Herausforderung in politisch hitzigen Zeiten.

Jeder Christ müsste, bevor er lautstark seine Meinung vertritt, zumindest demütig in den Spiegel blicken und sich die Frage stellen: Bin ich überhaupt offen für Gottes Reden oder würde ich auch ihn abblocken, wenn er meine aktuell festgefahrene Meinung korrigieren möchte?

Rebekka Schmidt schreibt seit 15 Jahren für Livenet und ist seit 2020 Stv. Chefredakteurin. Aufgrund jahrelanger Auslandsaufenthalte schaut sie gerne über den Tellerrand und berichtet, was Gott in den unterschiedlichsten Ecken der Erde Grosses tut. Sie ist verheiratet und hat zwei Töchter.

Datum: 15.06.2026

Autor: Rebekka Schmidt

Quelle: Livenet

Tags

[Christen in der Gesellschaft](#)

[Soziale Medien](#)

[Kirchen und Werke](#)

[Europa](#)